

Niederschrift  
der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 24.11.2015  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende 18:20 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

**Anwesend:**

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen  
Herr Heino Fleischer  
Frau Kerstin Friesenhahn  
Herr Harald Ihlo  
Frau Maria Quintana Schmidt  
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Vertreter

Herr Tino Rietesel Vertretung für Frau Sabine Ehlert  
Frau Petra Voß Vertretung für Frau Anett Kindler

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Holger Albrecht  
Frau Heike Benz  
Herr Stephan Bogusch  
Frau Sarah Cornils  
Frau Kathi Gutmuths  
Frau Angelika Hinrichs  
Frau Andrea Jurk  
Frau Gisela Steinfurt

Gäste

Herr Richard Kreutzberg  
Herr Peter Bischoff  
Herr Reik Anton

**Tagesordnung:**

- 1 Vor-Ort-Termin bei der KISS um 16:00 Uhr
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 20.10.2015
- 4 Beratung zu Beschlussvorlagen

4.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0051/2015

5 Beratung zu aktuellen Themen

5.1 Auswertung Besuch der KISS

5.2 Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0121/2015

Alternativantrag zu TOP 9.10 „Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten“

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0128/2015

5.3 Sachstand zu Graffitis in Stralsund

5.4 Sachstand Spielplätze in Stralsund

6 Verschiedenes

10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Kremser geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Vor-Ort-Termin bei der KISS um 16:00 Uhr**

Die Mitglieder besichtigen die Räumlichkeiten der KISS in der Mönchstraße 17.

#### **zu 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

#### **zu 3 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 20.10.2015**

Die Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung wird bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

#### **zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen**

#### **zu 4.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0051/2015**

Frau Steinfurt stellt Frau Jurk als neue Abteilungsleiterin für Haushalts- und Finanzplanung und als stellvertretende Amtsleiterin vor.

Frau Steinfurt informiert zur geschlossenen Konsolidierungsvereinbarung aus dem Jahr 2014. Die daraus resultierenden Maßnahmen sowie die Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept sind in den Haushaltsentwurf 2016 ff eingeflossen.  
Alle Hinweise aus dem Orientierungserlass des Innenministeriums bis 2019 sind ebenfalls berücksichtigt worden.

Sie teilt weiter mit, dass die haushaltsrechtlichen Auswirkungen des maritimen Industrie- und Gewerbegebietes im Vorbericht im Punkt 3.8 separat erläutert wurden.

Der Ergebnishaushalt 2016 weist unter Einbeziehung des o.g. Vorhabens und unter Berücksichtigung einer Entnahme aus der Kapitalrücklage ein Ergebnis von – 250T€ aus. Im Finanzhaushalt ist ein negatives Saldo von 1,6 Mio. € zu verzeichnen. Zuzüglich des Tilgungsbetrages ergibt sich ein Gesamtsaldo von 5,4 Mio. €.

Zur Maßnahme „Ausbau Maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Franzenshöhe“ informiert Frau Steinfurt, dass eine Abstimmung mit der Rechtsaufsicht hinsichtlich der Konsolidierungsvereinbarung stattgefunden hat. Der Anteil in Höhe der Vorfinanzierung wird nicht weiter berücksichtigt.

Die Erreichung der Teilziele aus der Konsolidierungsvereinbarung soll somit gesichert werden.

Es ergibt sich ein Fehlbetrag im Finanzhaushalt von 3,2 Mio. €.

Frau Steinfurt macht deutlich, dass im Haushaltsjahr 2016 somit mit Bewirtschaftungsverfügungen in einer Höhe von ca. 1,1 Mio. € gearbeitet werden muss, um den Fehlbetrag zu verringern und das Konsolidierungsziel zu erreichen.

Es ist ein Investitionsvolumen von 19,4 Mio. € ohne die Aufnahme von neuen Krediten geplant. Die Verschuldung wird damit sinken.

Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 11,1 Mio. € geplant.

In den Haushaltserlassen gab es Hinweise, die Gewerbesteuer- und Grundsteuerhebesätze anzupassen. Die Grundsteuer B wurde letztmalig im Jahr 2011 erhöht und eine Anpassung der Gewerbesteuer erfolgte im Jahr 2008.

Derzeit besteht ein Ungleichgewicht zwischen den bestehenden und den gewichteten Hebesätzen, die auch im Vorbericht erläutert werden. Die Berechnung der Steuerkraft erfolgt nach den gewichteten Hebesätzen und eine Anpassung ist daher zwingend notwendig.

Die Steuermesszahl fließt ebenfalls in die Kreisumlage, die im Jahr 2016 auf 46,48 % sinkt, ein.

Frau Steinfurt macht deutlich, dass die freiwilligen Aufgaben trotz der Kritik der Rechtsaufsichtsbehörde wie in den vergangenen Jahren beibehalten wurden.

Es werden weiterhin diverse Zuschüsse an Vereine, Verbände, Träger der Wohlfahrtspflege und Beiräte gezahlt.

Weiter teilt Frau Steinfurt mit, dass auch die Bereiche der Gleichstellung, der Ordnung und der Sicherheit im Haushalt keine großen Veränderungen erfahren haben. Es sind investive Zahlungen für die Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen geplant.

Bei der Förderung von Kindern in Einrichtungen als Anteil der Wohnsitzgemeinde sind bereits in den vergangenen Jahren stetig Erhöhungen zu verzeichnen gewesen. Auch im Jahr 2016 musste die Planung angepasst werden. Die Träger verhandeln jedes Jahr neu. Es sind

Kapazitätserhöhungen vollzogen worden und eine 24-Stunden Kita eröffnet worden, die es auch auszustatten gilt.

Die Beschlussfassung der Vorlage ist für den 10.12.2015 geplant.

Auf die Frage von Frau Friesenhahn, ob die Einsparungen in Höhe von 1,1 Mio. € im Jahr 2016 auch eine freiwillige Leitung betreffen könnte, teilt Frau Steinfurt mit, dass noch keine Maßnahmen festgelegt sind.

Weiter informiert sie, dass die Feuerwehr eine pflichtige Aufgabe ist und dass diese die Ausgaben stets sehr gut unterlegt.

Herr Kremser macht weiter deutlich, dass eine Berufsfeuerwehr erst ab 100T Einwohner zur Pflicht wird, aber als Weltkulturerbestadt muss sich die Stadt einfach absichern.

Auf eine weitere Frage von Frau Friesenhahn führt Frau Gutschmuths aus, dass die Kita-Kosten teilweise von Land und Kreis getragen werden. Die Verteilung wird jährlich im Jugendhilfeausschuss mitgeteilt. Die Wohnsitzgemeinde und die Eltern müssen 50% der Kosten tragen. Die Mittel, die von Land und Kreis dazugegeben werden, werden nicht an die tatsächlichen Kosten angepasst.

Frau Dr. Carstensen fragt nach, was in den 11 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen enthalten ist. Dazu führt Frau Steinfurt aus, dass es sich hier um investive Auszahlungen handelt. Mit der Höhe wird gewährleistet, dass im Jahr 2016 schon Aufträge für das Jahr 2017 erteilt werden können, um Maßnahmen nicht unterbrechen zu müssen.

In diesem Jahr sind auch die Eigenanteile der Städtebaufördermittel mit hinterlegt. Im Punkt 3.1. findet sich eine genaue Aufschlüsselung.

Auf weitere Nachfrage informiert Frau Steinfurt, dass bei der Grundsteuer 660T € und bei der Gewebesteuer 1Mio. € Mehreinnahmen in diesem Jahr erwartet werden.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0051/2015 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 0 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 9 Stimmenthaltungen

Damit ist die Vorlage abgelehnt.

## **zu 5        Beratung zu aktuellen Themen**

### **zu 5.1      Auswertung Besuch der KISS**

Herr Kremser fasst den Besuch bei der KISS zusammen und teilt mit, dass Frau Landgraf umfassende Informationen zur dortigen Arbeit gegeben hat.

### **zu 5.2      Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten**

**Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**Vorlage: AN 0121/2015**

**Alternativantrag zu TOP 9.10 „Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten“**

**Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**Vorlage: AN 0128/2015**

Frau Hinrichs teilt mit, dass eine zusätzliche Vollzeitplanstelle 03.10.400 Migrations- und Integrationsbeauftragte/er mit der Entgeltgruppe 9 in den Haushaltsplan/ Stellenplan aufgenommen wurde.

Frau Hertwig wird dann Behindertenbeauftragte mit 30 Wochenstunden sein und die Berufung zur Ausländerbeauftragten müsste zurückgenommen werden.

Herr Albrecht teilt mit, dass er derzeit alle Termine wahrnimmt, die mit den Ausländerangelegenheiten zu tun haben, da ihm Frau Hertwig direkt unterstellt ist. Er stellt klar, dass die Stelle definitiv besetzt werden muss.

In der Hansestadt Stralsund werden derzeit noch 795 Asylbewerber betreut. Dies läuft derzeit reibungslos. Ab Januar übernimmt der Landkreis diese Asylbewerber. Derzeit werden alle Kosten erstattet.

Zu den Schulen führt Herr Albrecht weiter aus, dass es Klassen mit Deutsch als Zweitsprache gibt, die im Moment noch ausreichen.

Der Ausschuss schlägt der Bürgerschaft vor, den Antrag nicht erneut zu beraten, da eine Planstelle geschaffen wurde und somit der Beschluss als umgesetzt zu betrachten ist.

Entsprechend wird der Präsident der Bürgerschaft informiert.

### **zu 5.3 Sachstand zu Graffiti in Stralsund**

Gast: Herr Bischoff – Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention

Herr Kremser beantragt für Herrn Bischoff das Rederecht.  
Die Ausschussmitglieder stimmen mehrheitlich dafür.

Herr Bischoff führt aus, dass Studien ergeben haben, dass gegen Graffiti nur das schnelle Überstreichen hilft. Wo viele Graffiti sind, kommen schnell viele Neue dazu und es ist eine allgemein steigende Kriminalität zu verzeichnen.

Der Verein hat sich viele Modelle angesehen und das Pforzheimer Modell dann für Stralsund angepasst.

Der derzeitige Ablauf beginnt mit einer Anzeige bei der Polizei. Die Vorgangsnummer wird dem Stadtmarketingverein gemeldet. Von dort wird Kontakt mit dem Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention aufgenommen. Dieser trägt die Sachkosten und für den Hausbesitzer ist nur ein Eigenbeitrag von 20 € zu leisten.

Der Verein wirbt hierfür Spenden ein. Bisher gibt es allerdings nur 2 Meldungen.

Frau Gutsmuths informiert weiter, dass auch in Rostock kaum Meldungen eingehen, da dort die Beseitigung durch Jugendliche erfolgt, die Sozialstunden ableisten sollen. Dies wird vielfach von Hausbesitzern nicht gewollt.

Herr Bischoff informiert, dass in Stralsund nur professionelles Personal beauftragt wird.  
Für 2016 wird mit 20 Fällen geplant.

Es handelt sich um Flächen von höchstens ½ bis 1 m<sup>2</sup>. Die Faltposter liegen auch im Polizeirevier aus.

Herr Bogusch teilt mit, dass auch die Abteilung Straßen- und Stadtgrün Beseitigungen an Eigentum der Hansestadt vorgenommen hat. Es wurden im Jahr 2015 rund 114 Stunden Eigenleistungen verzeichnet. Bei Fußgängerunterführungen oder der Steinbrücke an der Friedrich-Engels-Straße wurden zusätzlich Ausgaben in Höhe von 4.700 € getätigt.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Carstensen informiert Herr Bischoff, dass beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung 80 % der Mittel beantragt wurden. Die Mittelausreichung erfolgt frühestens ab Januar 2016.

#### **zu 5.4 Sachstand Spielplätze in Stralsund**

Herr Bogusch informiert, dass der Vandalismus auf Spielplätzen keine großen Ausmaße annimmt. Auch Diebstahl ist ein geringes Problem. Verunreinigung ist in einigen Bereichen ein Thema. Es handelt sich zum Beispiel um Sperrmüll, der angetragen und später entsorgt werden muss.

Weiter teilt Herr Bogusch mit, dass die Kosten für Vandalismus sich in 2014 auf rund 1.200 € und in 2015 auf rund 400 € belaufen.

Weiter informiert er, dass es in Stralsund 76 Spielplätze gibt, von denen 69 in Zuständigkeit der Abteilung Straßen- und Stadtgrün und 7 in Zuständigkeit der Abteilung Schule, Sport und ZGM fallen.

Eine Auflistung wird als Anlage zum Protokoll gereicht.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn teilt Frau Benz mit, dass im Baugebiet Kleiner Wiesenweg noch ein weiterer Spielplatz geplant ist.

Herr Bogusch teilt abschließend mit, dass die SWG mbH zugesichert habe, dass sie am Spielplatz Philipp-Julius-Weg im Jahr 2016 was verändern wird.

#### **zu 6 Verschiedenes**

Auf Nachfrage von Herrn Kremser führt Herr Bogusch aus, dass der Belag am Lindenrondell erneuert wurde. Derzeit muss sich der Belag erst setzen, bevor er frei gegeben werden kann. Die notwendige Festigkeit ist durch den anhaltenden Regen noch nicht gegeben.

Den Radweg des Kreuzungsbereiches Heinrich-Heine-Ring/ Prohner Straße Richtung Berufsförderungswerk wird Herr Bogusch sich ansehen.

Weiter informiert Herr Kremser, dass der offizielle Weg an der Diesterwegsporthalle sehr dunkel ist.

Zu den vorgenannten beiden Punkten wird Herr Bogusch in einer der nächsten Sitzungen informieren.

Abschließend teilt er mit, dass an der Lilienthalstraße beim Schwesternwohnheim die Garagen in Besitz der SWG mbH ständig zugeparkt werden und Müll hinterlassen wird.

Herr Fleischer schlägt vor, mit der Schule ins Gespräch zu kommen.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

#### **zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse bekannt.

gez. Reinhard Kremser  
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt  
Protokollführung